

Zukunft mit dem schwarzen Gold - Ein Kohlemärchen aus Cottbus

Im Jubiläumsjahr der Stadt Cottbus lohnt es sich, ein wenig in die Geschichte zurückzuschauen, zum Beispiel, indem man in alten Zeitungen blättert. Zeitungen verschiedener Jahrgänge nebeneinandergelegt geben manchmal Zusammenhänge preis, die Zeitungen ein und desselben Jahrgangs lieber verschweigen.

Der Blick ins Jahr 1993 zeigt zum Beispiel den engagierten Politiker namens Ulrich Freese (Mitglied der SPD und des Braunkohlenausschusses), wie er die Berg- und Energiearbeitergewerkschaft IGBE (heute IG BCE) mobilisierte (oder sollte man sagen: aufhetzte?), um dem Potsdamer Oberbürgermeister einen Berg Kohle vor die Rathaustür zu kippen und die Büros mehrerer Kommunalpolitiker zu besetzen. Potsdam hatte sich gewagt, den Bau eines Gaskraftwerkes zu beschließen, zweitausend Kumpel demonstrierten gegen den OB und für Arbeitsplätze in der Lausitz. (z.B. Lausitzer Rundschau vom 20. und 21.10.1993)

Kurz darauf beeilte sich der Cottbuser Bürgermeister Werner Labsch (Mitglied der SPD und Vorsitzender des Braunkohlenausschusses) in der Lausitzer Rundschau zu betonen, für Cottbus werde natürlich nur eine Lösung auf der Basis von Braunkohle in Frage kommen. (LR vom 27.10.1993) So kam es auch und Cottbus bekam ein hochmodernes Heizkraftwerk mit neuester Braunkohlen-Wirbelschichttechnologie. Es wurde sogar zum Exponat der Weltausstellung EXPO gemacht, denn Braunkohle ist zukunftsfähig.

Das Kraftwerk hat übrigens „etwa die selbe Größenordnung“ wie das in Potsdam von skrupellosen Egoisten verhinderte. Aber auffällig selten hören wir nach seiner Inbetriebnahme noch von den Tausenden Arbeitsplätzen, die es in der Lausitz sichert. 2005 platzt dann die Bombe: Verluste in zweistelliger Millionenhöhe hat die nicht ausgereifte Technologie durch ständige Reparaturen und Wartungen verursacht („Verfügbarkeit von etwa 60 % im Jahr 2001“). Neben der Vertragsgestaltung zur Finanzierung des Kraftwerks ist sie eine der Hauptursachen dafür, dass Cottbus faktisch pleite ist. (z.B. LR vom 9.11.2005) Die Braunkohlenlobbyisten kommen nicht einmal in den Verdacht einer Mitschuld, sie genießen ungenannt das wohlgesicherte Dasein als früherer Landtags- (Freese) und Bundestagsabgeordneter (Labsch). Und alle Kraftwerkstechniker der Region haben es plötzlich schon immer gewußt: Dass das ja eigentlich eine Technologie für Steinkohle ist, die man nicht so problemlos übertragen kann. Die Stadt muß Anteile an den Stadtwerken verkaufen. Als das Kraftwerk endlich besser läuft, hat sie davon kaum noch was, weil es jetzt einer Bank gehört.

Und noch dringender als durch den Einwohnerschwind ohnehin schon muß die Stadtverwaltung Personal reduzieren um zu sparen. Moment mal, Leute entlassen, sollte das nicht ursprünglich durch das Kraftwerk verhindert werden?

Mit dem neuen OB hat Cottbus nun wieder eine Perspektive. Er ist bekanntlich Mitglied der SPD und war soeben noch als Minister für die Braunkohlenplanung zuständig. Ein Schelm, wer Arges dabei denkt.